

# Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom 16. September 2006 im Municipio von Bellinzona

---

## Protokoll

Präsidentin: Greta Gysin  
Dauer : 13.15 – 17.15 Uhr

Entschuldigt : Anne-Catherine Menétrey, Louis Schelbert, Daniel Vischer, Franziska Teuscher, Therese Frösch, Francine John, Iris Schelbert, Boris Liechti, Myrtha Giovanoli, Anita Frei, Laurent Debrot, Doris Angst, Veronika Pantillion, Blaise Horisberger, Céline Vara, Guldeniz Uregen, Simon Forster, Ursula Sigg, Marie Schaffer, Erica Hennequin

### 1. Begrüssung

Greta Gysin: begrüsst die Delegierten ganz herzlich, ganz speziell die italienische Delegation der u.a. das neu gewählte grüne Parlamentsmitglied Arnold Cassola angehört . Dankt der Stadt Bellinzona für den schönen Saal, den sie uns zur Verfügung stellt.

Brenno Martignoni, Sindaco della Città di Bellinzona: dankt dafür, dass die Wahl der Grünen auf Bellinzona gefallen ist. Weist daraufhin, dass eigentlich alle grün sind oder sein müssten: alle sind aufgefordert, den Grund und Boden, auf dem sie leben, Sorge zu tragen. In der Regel sind es die wirtschaftlichen, die finanziellen Ressourcen, die einen hohen Stellenwert haben. Aber die anderen Ressourcen sind mindestens so wichtig. Das hat sich dieses Jahr im Tessin gezeigt, als die grosse Wasserknappheit eben auch mit Geld nicht einfach weggezaubert werden konnte!

Ruth Genner, Präsidentin : blendet zurück auf 9/11. Ein Ereignis, das unvergessen bleibt. Es hat grosse Sicherheitsdebatten ausgelöst, überall wurden gigantische Überwachungsapparate aufgebaut. Die Verunsicherung, Polarisierung zwischen den Kulturkreisen hat zugenommen. Der Krieg im Irak, ein Krieg um Terrain mit Öl und steigende Energiepreise waren die Folgen. Die Grünen fordern Strategie des Sparens und der Effizienz, wir wollen weg vom Öl. Die Abstimmung zur Initiative, mit der wir nicht erneuerbare Energien besteuern wollten, haben wir im Jahr 2000 knapp verloren. Seit der Abstimmung haben meteorologische Extremereignisse zugenommen. Vielleicht wäre die Abstimmung jetzt zu gewinnen?

Die Grünen braucht es weiterhin! Treffen mit Arnold und Valentina unter dem Stichwort „grenzenlos grün“. Thema: Verkehr. 2007 wird NEAT eröffnet werden, in Rom und in Bern sollen Vorstösse deponiert werden, eine engere Zusammenarbeit wird angestrebt.

Arnold Cassola, ital. Parlamentsabgeordneter, vertritt als Grüner die AuslandsitalienerInnen: Mit 20'000 Stimmen auf dem zweitbesten Platz ins Parlament gewählt, über 6000 der Stimmen kamen aus der Schweiz! Bedankt sich herzlich. Verkehrsdossier: dank neuer Regierung wird Förderung der Bahninfrastruktur möglich. Ist optimistisch, dass diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktionieren wird. Zu EU-Frage: CH sollte ihre Erfahrungen in Demokratie und Umgang mit Minderheiten einbringen, das würde EU verstärken. Die Schweiz braucht Europa, aber Europa auch die Schweiz!

Ueli Leuenberger, Vizepräsident:

Ruft noch zu einem letzten Effort auf vor den Abstimmungen vom 24. September. Der „Ministre de l'injuste et de la police“ hat auf sehr einseitige Weise „informiert“. Er hat einen wahren Feldzug geführt für die beiden Gesetze, liess Versammlungen vor seinen Leuten organisieren, dem Gespräch mit den Gegnern ist er ausgewichen. Er verleumdet alle, die nicht mit ihm einig sind. Er schadet der demokratischen Debatte in unserem Land, zudem drückt er den Medien seine Spielregeln auf! Er ist gefährlich für unser Land. Eine Links-Mitte Mehrheit ist nötig, appelliert an die Freisinnigen und an CVP. Kampagne gegen Lex Blocher hat Diskussion möglich gemacht. Unabhängig von Resultat muss unser Engagement für eine offene und solidarische Schweiz weiter gehen! Grosse Aufgabe für unsere Partei, uns gegen Fremdenfeindlichkeit etc, einzusetzen.

## 2. Statutarisches

Zu StimmenzählerInnen werden gewählt: Markus Hari, Laurence ?, Andrea Probst, Hansbeat Schaffner.

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 24. Juni 2006 in Lausanne wird einstimmig genehmigt. Eine kleine Änderung wird von Iren Eichenberger betreffend ihrem Votum im bilateralen Gespräch gewünscht, das in der deutschen Übersetzung falsch wiedergegeben wurde. Der Wortlaut in ihrem Votum auf S.7 wird wie folgt geändert: „Es bevorzugt diejenigen, die das Prinzip der Eigenverantwortung nicht berücksichtigen und benachteiligt die Versicherten.“

## 3. Informationen

Da das Fraktionspräsidium (Therese Frösch und Anne-Catherine Menétrey) nicht anwesend sind, informiert Hubert Zurkinden über Fraktion. Themen der kommenden Herbstsession in Flims: Europabericht, Ehepaarbesteuerung, Waffengesetz, Infrastrukturfonds, Immobiliengeschäft VBS. Dort geht es auch um IFASS-Geschäft, das die Fraktion ablehnt, da es in Israel hergestellt wird. Wir fordern Sistierung der Rüstungszusammenarbeit mit dem Nahen Osten. Die Fraktion verlangt zudem eine dringliche Debatte zu Nahost in der kommenden Session.

Mitteilungen aus dem Sekretariat:

- Es gibt grüne Unterschriftenbogen für Initiative Verbot von Kriegsmaterialexporten. Ruft dazu auf, aktiv Unterschriften zu sammeln, sich gemeinsam mit GsoA in Kantonen zu engagieren!
- Am 23. August haben die Alternativen Zug beschlossen, bei Grünen Schweiz den Beobachterstatus zu beantragen, Aufnahmegesuch an nächster DV.
- Miriam Behrens informiert über Kongress in Genf vom 12.-15. Oktober. Ruft dazu auf, sich zahlreich anzumelden.

Pierre Lipschutz: Information zum Bulletin vert, die sich speziell an Tessiner Grüne richtet. Das Bulletin vert ist neu als Zeitung aufgemacht, die sechs Mal jährlich erscheint. Lädt ein, das Bulletin vert zu abonnieren, Abo ist im Mitgliederbeitrag der Grünen inbegriffen!

## 4. Abstimmungen vom 26. November 2006

### Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Ueli Leuenberger, Vize-Präsident :

Die Schweiz muss die Folgen des bilateralen Weges, den sie gewählt hat, tragen. Die SVP hat gegen das Osthilfegesetz das Referendum ergriffen, deshalb jetzt die Abstimmung. Das Gesetz ist auch Rechtsgrundlage für den Beitrag der Schweiz zum Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU, für die sogenannte Kohäsionsmilliarde. Das Geld soll primär vom EDA und vom Volkswirtschaftsdepartement kommen, ein Betrag von 20-25 Millionen fehlt allerdings noch. Die Befürchtung ist, dass deshalb das Budget der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gekürzt wird..

Wir sind klar für den Kohäsionsfonds, Solidarität mit Ostländern, die Milliarde ist der Preis.

Wenn wir das ablehnen, wäre der bilaterale Weg total blockiert. Unbedingt Ja stimmen!

Herbert Karch, BE: ist auch für ein Ja, es sollen aber nur Projekte in den Ostländern unterstützt werden, wenn Menschenrechte respektiert werden, die Korruption angegangen wird, etc.

**Mit 80 Ja bei 0 Nein und einer Enthaltung fassen die Delegierten die Ja-Parole**

### Bundesgesetz über die Kinderzulagen

Ruth Gerner, Präsidentin:

Grösster Teil der Kinder lebt in Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen.

Armutszeugnis, dass gegen diesen bescheidenen Kompromiss Referendum ergriffen worden ist. In bereits allen Kantonen gibt es seit Jahren Kinderzulagen, aber es ist ein wahrer Dschungel: 50 verschiedene Gesetze, Höhe variiert enorm, Kinder bekommen nur einen Teil der Zulage, wenn ihre Eltern Teilzeit arbeiten.

Tatsache ist, dass Familien auf jeden Franken angewiesen sind. Alle Kinder sollen 200.- Franken erhalten, wenn sie in Ausbildung sind Fr. 250.-. Das ist Minimum, Kantone können aber auch erhöhen.

Im Gesetz verankert ist, dass Zulagen der Teuerung angepasst werden. Gewerbeverband ist dagegen, es sei untragbar für Wirtschaft. Das Ganze kostet 370 Millionen. Gleichzeitig wird in Films über Steuersenkungen diskutiert (Ehepaarbesteuerung, hätte 500 Millionen Franken Steuereinsparungen zur Folge). Gegner finden auch, es sei Eingriff in die kantonale Hoheit. Den Kantonen wird allerdings einfach vorgeschrieben, Mindestprämie zu gewähren.

Kinderzulagen sind bewährt, gibt es schon lange, Mit dem Gesetz gibt es jetzt einfach eine gesamtschweizerische Regelung, wenigstens ein Minimum.

Marlise Hubschmid, BE: Minimaler Schritt in die richtige Richtung. Annehmen. In unserem Positionspapier zur Familienpolitik fordern wir, Kinder als eigene Rechtssubjekte anzuschauen, das wurde hier leider verpasst. Die Kinderzulage ist an Lohnarbeit der Eltern gekoppelt, Kinder von selbstständig Erwerbenden sind nicht eingeschlossen.

Felix Wettstein, AG, Präsident Kinderlobby Schweiz, Die Kinderrechtskonvention, der Grundsatz der sozialen Sicherheit, ist damit nicht erreicht. Es muss weiter gehen in diesem Thema. Grundrente und bedarfsgerechte Ergänzungsleistung als Ziel. Zum Subjektstatus des Kindes: was heisst das punkto materiellem Besitz? Müsste das Geld nicht direkt ans Kind gehen?

Neue Zahlen zur Armut zeigen: Kinder sind am meisten betroffen, und zwar überproportional viele, deren Eltern Teilzeit arbeiten. Materielle Benachteiligung hat auch zur Folge, dass sie weniger FreundInnen haben, dass sie psychisch und körperlich angeschlagener sind.

Ruth Genner: Marlise hat Recht, geht nur an alle Arbeitnehmenden, an Landwirte und Kinder von SozialhilfebezüglerInnen. Ziel wäre gewesen, eine Zulage für jedes Kind. Wir wollten ja auch 450.- Kinderzulage für jedes Kind. Das ist jetzt ein Kompromiss, der mit hauchdünner Mehrheit durchgekommen ist!

**Die Delegierten beschliessen einstimmig die Ja-Parole!**

## 5. Positionspapier zur Europapolitik

Einleitung von Hubert Zurkinden: Die Beratung des aktualisierten Papiers geschieht jetzt, weil erstens der Kongress der europäischen Grünen in Genf stattfindet, an dem die grüne Vision zu Europa diskutiert wird. Mit dem Papier haben die Schweizer Delegierten ein Mandat und werden am Kongress entsprechend intervenieren können. Zweitens wird an Herbstsession der Europabericht des Bundesrates beraten. Auch für die Fraktion wird damit das Papier Diskussionsgrundlage sein.

Der Europabericht ist Ende Juni erschienen, unser Papier wurde danach von Miriam aktualisiert. Hubert dankt ihr für die grosse geleistete Arbeit. Das Papier wurde auf der Basis der bestehenden Positionen erarbeitet, Geschäftsleitung und Vorstand haben es verabschiedet.

Miriam Behrens:

Jetzt bestehende Position wurde im Nachgang zu EWR-Debakel erarbeitet. Ist äusserst positiv, sehr enthusiastisch, stellt keine Bedingung für Beitritt, enthält nichts Kritisches zu bilateralem Weg. Mit dem jetzt vorliegenden Papier soll der EU-kritischen Bewegung innerhalb der Grünen Rechnung getragen werden.

Eintretensdebatte:

Balthasar Glättli, ZH: Frühere Positionsbestimmung zu EU-Beitritt hat zu heftigen Auseinandersetzungen geführt, Dies müsste sich nicht wiederholen. Interne Gründe zwingen uns, jetzt zum Thema Stellung zu nehmen, Diskussion ist sonst nicht nötig, da Beitritt im Moment kein Thema ist. Die Kritik ist aufgenommen in Kapitel 3, das „Ja, aber...“ kommt schon im Titel. Das ist gut, aber muss auch ernst gemeint sein. Die ersten Kapitel sind schön, Prosa, aber Bedingungen sind konkret und brauchbar für Aushandlungsprozess, der zu Kompromissen führen wird. Erst dann ist der Moment für eine Entscheidung, bei dem eine Abwägung gemacht werden muss. Vor diesem Hintergrund ein brauchbares Papier, differenziert. Was ist mit Antrag der Grünen Partei Bern, der im Titel „aber nicht zu jedem Preis“ verlangte, angekündigt in einem E-Mail, jetzt nicht auf Antragsliste?

MB: Zuerst wird Rückweisungsantrag diskutiert, dann zwei Titelanträge, wobei nicht beide auf Antragsliste sind. Der fehlende wird auf Folie vorgelegt.

Luzius Theiler, BE: Rückweisungsantrag, Papier nicht zu retten, es ist Patchwork, aber in diesem Fall kein Kunstwerk. Aus vier unterschiedlichen Elementen. 1998 als Reuebeitrag nach EWR entstanden.

Die EU geht nicht in die Richtung, in die die Grünen sich dies 1998 vorgestellt haben. In Frankreich wurde Verfassung auch von vielen Grünen abgelehnt. Enthält falsche Analyse, ist widersprüchlich bezüglich des bilateralen Weges. Kapitel 3 ist gut, Frucht einer kritischen Diskussion im Vorstand. Kapitel 4 enthält lange Zitate aus Entwurf des Papiers der europäischen Grünen, das sicher noch viele Änderungen erfahren wird, vor allem sicherheitspolitisch! Die militaristische Tendenz bei den Grünen Deutschland z.B. steht diametral zu pazifistischer Grundhaltung der Grünen. Das Papier ist bereits in einem Monat Makulatur. Deshalb zurückweisen!

Martin Flückiger, BastA: Den Antrag, den Titel des Papiers zu ändern, versteht BastA! als Gegenvorschlag zum Rückweisungsantrag. Es geht bei dem Vorschlag, das Dokument „Arbeitspapier“ zu nennen, um mehr als um Wortklauberei. Das Papier ist unausgegoren, ungeeignet, Grüne in der Europapolitik zu positionieren. Wollen mit Antrag signalisieren, dass das Papier nur Etappe sein kann auf Weg zu fundierter Position. Zerfällt in zwei Teile: der erste Teil ist schönfärberisch, der zweite Teil soll EU-Skeptiker beruhigen. Unklar ist, welche Forderungen unabdingbar, welche verhandelbar sind. Analyse der EU als Wirtschafts- und Militärmacht fehlt in Papier. Primär wirtschaftliche, erst sekundär politische Interessengemeinschaft. Mängel könnten behoben werden, wenn es ungeschönte, nüchterne Analyse der EU enthalten würde.

Verdienste der EU für Frieden kann man nicht hervorstreichen, ohne traurige Rolle während des Krieges in Jugoslawien zu nennen. Menschenrechte werden an den Rändern Europas jeden Tag missachtet, etc.

Stossrichtung in Ordnung, aber Papier ist Skizze, gute Arbeitsgrundlage.

Geri Müller, AG: ist für Rückweisung. Seine eigenen Anträge sind an formalen Ansprüchen gescheitert. Wie wichtig ist EU-Beitritt? Wichtig sind andere Fragen: die Schweiz innerhalb Europas, Europarat, OSZE. Noch wichtiger ist die globale Frage (Peak Oil, etc.). Grosse Bedenken gegen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU: wollen Ressourcen ausserhalb Europas sichern! EU als Friedensprojekt? War von Beginn weg wirtschaftliches Projekt. 1982 sind die Grünen gross geworden wegen Widerstand gegen NATO-Doppelbeschlüsse. Sind wir wirklich Rosinenpicker? Beziehungen sind gut. Frage ist, wie CH und EU sich entwickeln werden. Es ist wichtig für uns, unsere heutige Oppositionspolitik, z.B. im Krieg im Nahen Osten, weiterführen zu können. Ist für Rückweisungsantrag mit Überarbeitung.

Herbert Karch, Grüne Kanton Bern: informiert, dass Grünes Bündnis und Grüne Freie Liste sich auf kantonaler Ebene zu Grünen Kanton Bern zusammengeschlossen haben. Tragen alle Anträge mit, die vom Grünen Bündnis der Stadt gestellt wurden. Kündigt Rückzug eines Antrages unter 4.4 an.

Grüne Kanton Bern empfehlen eintreten! Gründe: 1. Aus Hurra-Papier ist ein „Ja, aber...“-Papier geworden 2. Grüne Schweiz arbeiten eng mit europ. Grünen zusammen, wir sind Mitglied der europäischen Partei, keine realistische Perspektive, nicht mitzumachen.

Ruedi Vögtlin, AG: Initiative „Ja zu Europa“ vor einigen Jahren, hat nicht Beitritt zu EU verlangt, sondern der Bundesrat sollte Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen. Sie hat Ziele formuliert, welche angestrebt werden müssten: Demokratische und föderalistische Grundwerte sind zu erhalten, soziale und ökonomische Errungenschaften zu sichern. (Verlagerung Transitgüterverkehr, Biolandbau sichern, direktdemokratische Entscheidung sicherstellen, kein Abbau der Volksrechte etc.). In diesem Positionspapier sind diese Gedanken auch aufgenommen. Bei Verhandlungen wohl leider nicht erreicht. Verfrüht, wenn wir uns in Öffentlichkeit schon zu EU-Beitritt verlauten lassen. Sagen, dass wir für Verhandlungen sind, erst wenn erfüllt, bereit zu Beitritt.

Heidi Rebsamen, LU: War schon 1998 kritisch eingestellt. Froh, dass Position kritischer geworden ist. Ist für Eintreten, für weitere Diskussion. Arbeitsgrundlage, möchte sich noch gründlicher mit EU auseinandersetzen. Unterstützt Antrag von BastA!. Schlägt vor, nach dem Kongress Arbeitsgruppe zu bilden.

Pierre Lipschütz, GE: vergleicht Situation mit Zeit der industriellen Revolution: entweder man war gegen die Maschinen und hat sie bekämpft, oder man hat sich für gute Arbeitsbedingungen engagiert, daraus ist dann die Gewerkschaftsbewegung entstanden. Plädiert dafür, nicht auf Rückweisen einzutreten.

**????**: engagiert sich persönlich für die Rechte der Homosexuellen seit 20 Jahren. Im Bereich der Menschenrechte für Minderheiten ist die EU weiter!

Ruth Genner: Mehrheit der Fraktion steht hinter dem Positionspapier. Ueli Leuenberger hat im Sommer 2003 eine Motion deponiert, mit der er verlangt, dass der BR Verhandlungen mit der EU aufnimmt. Damals war Fraktion noch einstimmig für diesen Weg. Heute gibt es auch Gegner in der Fraktion. Geri und Francine sind in der Aussenpolitischen Kommission APK, repräsentieren dort verschiedene Positionen. Wir könnten, auch wenn wir in der EU wären, eine kritische Nahostposition einbringen. Plädiert für Eintreten!

Zu den Anträgen:

#### Antrag 1. Rückweisungsantrag Luzius Theiler.

Die Geschäftsleitung empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Gründe:

1. Kein klares Mandat für Kongress in Genf
2. Keine klaren Vorgaben für Diskussion Europabericht in Flims
3. Zurückfallen auf bestehende Position, die zu positiv ist.

Die Delegierten lehnen den Antrag mit 66 Nein zu 12 Ja bei 3 Enthaltungen ab.
---

#### Antrag Titeländerung des Papiers „Arbeitspapier“.

GL dagegen, weil „Arbeitspapier“ keine klare Formulierung ist und Verhältnis zu bestehendem Papier nicht klar ist. Jedes Positionspapier ist „work in progress“, wird wieder überarbeitet, wenn tatsächlich Verhandlungen mit EU aufgenommen werden.

#### Antrag Grüne Kanton Bern: Titeländerung „-ja, aber nicht um jeden Preis“.

GL dagegen, kommt ja noch im Papier.

Urs Müller, BastA!: Antragsteller haben sich abgesprochen, wollen Kombination all dieser Titel, nur noch ein Gegenantrag.

Ueli Leuenberger, GE: was werden die Leute, die Medien, die öffentliche Meinung zurückbehalten? Wenn so viele Vorbehalte in Titel, was macht das für einen Eindruck?! Wir wollen Beitrittsverhandlungen. Hinterlässt Eindruck, dass wir keine schnelle Beitrittsverhandlungen mehr wollen. Wir erklären ja im Papier unsere Bedingungen, aber nehmen wir dies doch nicht in den Titel.

Jean Rossiaud, GE: dankt für Papier, es bleibt ein Arbeitspapier. Es blieb nicht genügend Zeit, in Kantonen in Tiefe zu diskutieren. Es ist zudem Papier zu EU, kein Papier zu Europa, möchte eine Präambel, in der wir unsere Vision zu Europa formulieren. In dem wir es Arbeitspapier nennen, signalisieren wir, dass wir Kenntnis nehmen wollen von Diskussionen in Genf und dann wieder überarbeiten werden.

Geri Müller, AG: Titel würde genau aufnehmen, was geschieht. Wir sagen ja auch im Titel „Ja, aber“ und signalisieren unsere Vorbehalte, Bedingungen. Ist nicht gegen EU, wird Position der Grünen mittragen.

Herbert Karch, BE: Ordnungsantrag Schluss der Diskussion.

Martin Küenzler, ZH: schlägt Verkürzung in Titel vor. Ist gegen Ordnungsantrag

Iren Eichenberger, SH: Ordnungsanträge häufig verwendetes Mittel der SVP. Nicht laufende Debatte mit Ordnungsanträgen blockieren.

Der Ordnungsantrag von Herbert Karch wird mit 35 gegen 19 Stimmen abgelehnt.
--

Martin Küenzler, ZH: Titel zu lang. Schlägt vor: „Grüne Positionen zu Europa+ „

Im anschliessenden Abstimmungsprozedere über die verschiedenen Titelvorschläge spricht sich eine deutliche Mehrheit für die Variante „Ja zu Europa – aber nicht zu jedem Preis. Arbeitspapier der Grünen zur Europapolitik“ aus
---

## Anträge zu Kapitel 1

### Antrag Luzius Theiler, streichen

#### Kanton Bern, Kap. 1 gekürzt in Kapitel 2.6 integrieren.

GL ist gegen beide Anträge, beinhaltet Antwort auf BR in Europabericht, der bilateralen Weg eindeutig weitergehen wird. Gegenvorschlag GL: Nein zu Bilateralen ist nicht unbedingt gut, am Anfang des Kapitels zu sagen. Vorschlag: Kap. 1 und 2 tauschen.

Herbert Karch, BE: Rückzug. An Anfang muss, was wir wollen, nicht, was wir nicht wollen. Gegenvorschlag von Mehrheit BE gutgeheissen, Antrag zurückgezogen.

Luzius Theiler, BE: Text wird nicht besser, stimmiger! Analyse stimmt nicht! Weg hat ausgedient, sagen wir im Text. Frühestens in 10 Jahren EU-Mitglied, bis dann bilaterale Weg der einzig mögliche. Kapitel widersprüchlich. Bevölkerung spürt Vorteile nicht, obwohl oben steht, er diene nicht. Als Grüne dürfen wir häufige Volksabstimmungen nicht als ineffizient apostrophieren! Antrag auf Streichung.

Eine deutliche Mehrheit sagt Ja zum Gegenvorschlag der Geschäftsleitung, die beiden Kapitel zu tauschen.

## Kapitel 2

### Antrag GPB: die ersten vier Sätze streichen

Herbert: nicht mit BR beginnen, sondern dem Titel entsprechend mit dem beginnen, was wir wollen!

Marlise: integrieren in 2.6., GL einverstanden.

Dann Antrag zurückgezogen, die vier Sätze werden weiter hinten integriert.

### Antrag Luzius einfügen „mehrheitlich“.

GL lehnt ab.

Mehrheit lehnt ab.

### Antrag 2.1, 1. Abschnitt

GL Annahme, da Verbesserungen

Beide Anträge ohne Abstimmung angenommen

### 2.4., 2. Abschnitt

GL: was heisst „gezielte Dezentralisierung“? Nicht klar.

Mehrheit will ursprüngliche Fassung

### 2.5./2.6. GL empfiehlt Annahme, da Verbesserung.

Angenommen ohne Abstimmung,

## Kapitel 3, Vorschlag neues Kapitel 3.9, 3.10

GL empfiehlt Ablehnung.

Daniele Jenni, BE: Kap. 3 enthält Wunschliste der Grünen für Beitritt. Realistisch ist dies nicht, Glaube fehlt, dass EU auf unsere Forderungen eingehen will. Macht Papier widersprüchlich.

Wenn wir schon unsere Wünsche äussern, dann gehört auch dazu: dass wir die Migrationspolitik der EU nicht akzeptieren. Zweiter Antrag zu Sicherheitspolitik. Wir müssen etwas dazu sagen, dass die Achtung der Grundrechte, der Privatsphäre immer mehr abnimmt. Wir müssen einen Abbau von Verfahrensgarantien fordern.

Miriam Behrens: inhaltlich ist GL nicht unterschiedlicher Meinung, findet, dass es nicht in Kap.3, sondern 4 stehen soll. Dort ist es enthalten, einfach viel kürzer formuliert.

Geri Müller, AG: grundsätzlich einverstanden, in Punkt 4 müsste das aber verstärkt werden.

Miriam: einverstanden mit stärkerer Gewichtung, aber nicht 1:1 übernehmen, da überproportional.

Eine deutliche Mehrheit lehnt den Antrag ab

Kapitel 4: GL ist für Beibehaltung des Originaltextes, da stärker.

Eine deutliche Mehrheit lehnt den Antrag ab.

Antrag 4.4., 3. Abschnitt  
Ergänzung. GL empfiehlt Annahme.

Der Antrag wird angenommen.

Antrag 4.4., 4. Abschnitt,

Der erste Teil des Antrages ist zurückgezogen, die Ergänzung beim zweiten Teil „ und die Grundrechte der MigrantInnen schützt“ wird angenommen.

4.4., 5. Abschnitt, Eu-Aussenpolitik.

GL lehnt Antrag ab.

Luzius zieht zurück zugunsten Antrag Jo Lang

Anträge Grüne NE

GL ist mit Inhalt ganz einverstanden, lehnt sie trotzdem ab. Gegenvorschlag: Papier zu UNO und UNO-Reformen erarbeiten. Rosmarie Bär wäre bereit, an Papier mitzuarbeiten. Der Begriff Umwelt soll in Formulierung aufgenommen werden, aber nicht in dieser Detaillierung.

Antrag unter diesen Umständen zurückgezogen.

Antrag Grüne Bern,

GL einverstanden, Antrag angenommen.

Antrag Jo Lang:

Ruth Genner hat diese übernommen, da Jo noch nicht Mitglied der Grünen Schweiz ist.

Eine klare Mehrheit ist mit dem Antrag einverstanden

4.5, 3. Abschnitt streichen:

Antrag wird ganz knapp angenommen (21 zu 22 Stimmen)

**Schlussabstimmung:**

**Das Papier wird mit 46 Ja zu 3 Nein bei 1 Enthaltung angenommen**

## 6. Varia

Die Resolution der Tessiner Grünen, wird durch Giorgio Canonica vorgestellt. Verlangt wird eine Neuausrichtung der Abfallpolitik.

Patrick Graf, LU: ist nicht einverstanden mit der Ablehnung einer Kehrichtverbrennungsanlage Alternative ist nur Deponie, schlechter als Verbrennen, oder Export nach Italien oder Deutschschweiz. Emissionen fallen dann einfach anderswo an. St. Florianspolitik.

Alessandro Boggian, TI: 400'000t Tonnen Müll wird importiert aus Ausland, zwei Anlagen könnte man stilllegen. Asche aus Verbrennung wird auch deponiert. Verbrennung ist nicht beste Lösung. So viel Geld in alte Technologie zu investieren, geht in falsche Richtung.

Herbert Karch, BE: ist für Unterstützung der Resolution, Überkapazität besteht!

Miriam Behrens: A.-C. Menétrey ist Mitglied der entsprechenden Kommission im Nationalrat, ist bereit, Anträge ins Parlament einzubringen!

Die Resolution wird von den Delegierten angenommen!!!

Zum Schluss dankt Hubert Zurkinden den Tessiner Grünen für die super Organisation der DV, Greta Gysin für die kompetente Sitzungsleitung, der Technikerin Beatrix Rychener für ihre gute Arbeit und den drei Übersetzerinnen Nicole Stoll Zimmermann, Claudia Furgler und Elisabeth Jaquemet für ihre kompetente Übersetzungsleistung.

*Gabriela Bader / Übersetzung: Yolande Peisl, September 2006*